

Lind: Stadt muss am Bummert handeln

VERKEHR Leeraner Polizeichef schaltet jetzt Landes-Unfallkommission ein / Von Politik ist er „entsetzt“

Es gebe zu den geforderten Ampeln keine Alternative mehr, betont er. Das sieht auch Bürgermeisterin Beatrix Kuhl so. Es gebe dafür „faktisch eine Anordnung“.

VON PETRA HERTERICH

LEER - In die Diskussion um die Verkehrssicherheit am Bummert will Polizeichef Johannes Lind jetzt auch die Landes-Unfallkommission einbinden. „Wir werden das Thema auf Landesebene bringen“, kündigt er an.

Es gebe in punkto Sicherheit an der Leeraner Kreuzung zwischen Ubbo-Emmius-, Heisfelder- und Friesenstraße „keine Alternative mehr zu einer Ampelschaltung“. Dafür gebe es zwar „keine rechtliche Anordnung, aber eine



Johannes Lind

faktische Notwendigkeit“, betont der Polizeichef der Inspektion Leer/Emden. Damit unterstützt er auch die Position der Bürgermeisterin. „Es war von der Unfallkommission klar gesagt worden, dass die einzig verbleibende Möglichkeit die Errichtung einer Signalanlage ist. Damit kommt diese Empfehlung faktisch einer Anordnung gleich. Und der Verantwortliche gerät bei Nichtbefolgung in eine strafrechtliche Mitverantwortung“, erläuterte Beatrix Kuhl



Der Bummert gilt als Unfallschwerpunkt. Er muss entschärfet werden – über das Wie wird gestritten.

BILD: ORTGIES

gestern schriftlich ihre Einschätzung des Sachverhalts. Der Landkreis habe in einem Schreiben „die Stadt aufgefordert, Stellung zu beziehen, wie sie mit der Anordnung umgeht und ob es Alternativen gibt“, heißt es in der Mitteilung. Und weiter: „Die Unfallkommission und das Büro IST haben Alternativen zum derzeitigen Zeitpunkt eine Absage erteilt.“

Wie berichtet, hatte die Unfallkommission für den gesamten Bummert Signalanlagen gefordert. Laut Vor-

schlag des von der Stadt beauftragten Ingenieurbüros IST sollen dort sieben Anlagen mit insgesamt 14 Ampeln errichtet werden. Doch die Politik sperrt sich dagegen. Sie hat sich stattdessen mehrheitlich für die Einrichtung von Tempo 30 im Kreuzungsgebiet und das Aufstellen von Stoppschildern und Spiegeln ausgesprochen. Zuletzt hatte sie auch noch die für den Umbau nötigen 250 000 Euro aus dem Haushalt gestrichen. Die Stadt habe deshalb jetzt eine Anfrage

beim Landkreis gestellt, wie man weiter vorgehen kann, wenn die Politik die Hausmittel für die Maßnahmen am Bummert nicht bereitstellen will. Man warte derzeit auf die Stellungnahme, heißt es in der Mitteilung der Bürgermeisterin.

„Ich verstehe die Politik nicht – Sicherheit ist doch mehr wert als Geld“, erklärt Lind, der als Polizeichef auch der Leeraner Unfallkommission vorsteht. „Ich bin entsetzt, dass die Politik nicht zur Kenntnis nimmt, dass es

am Bummert immer wieder zu Unfällen kommt, es aber an Kreuzungen, die mit Ampeln ausgestattet sind, keine solchen Probleme gibt.“ Die Stadt sei für die Gefahrenabwehr im Straßenverkehr verantwortlich. Es gebe eine „Garantenstellung“, die man erfüllen müsse. Juristisch werden unter diesem Begriff Tatbestände gefasst, bei denen auch das Nichtstun bestraft werden kann. „Die Kreuzung ist als Unfallschwerpunkt bekannt – hier muss man handeln“, so Lind.